



montags-info



FÜR ARBEITSZEITVERKÜRZUNG - GEGEN SOZIALABBAU

SPD-Votum für weiteren Sozialabbau und Krieg

Nach dem Mitgliedervotum in der SPD ist der Weg frei für die Fortsetzung der Großen Koalition, d.h. für weiteren Sozialabbau und Krieg.

239 604 von 463 722 Mitgliedern der SPD haben offenbar keine Alternative zu einer neuen Großen Koalition gesehen. Sie stimmten mit „Ja“, aber immerhin 123 329 mit „Nein“. Nicht wenige hatten einen viel knapperen Ausgang erwartet. Doch der Optimismus und die Überzeugungskraft der GroKo-Gegner, die aber offenbar keine einheitlichen, überzeugenden politischen Vorstellungen entwickelten, wie denn eine „Erneuerung“ der SPD in der Opposition aussehen soll, reichten nicht. Trotz der Furcht vieler Mitglieder, in einer neuen Großen Koalition weiter an Profil zu verlieren, und der deutlichen Kritik vieler Parteimitglieder am Koalitionsvertrag. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Marco Bülow suchte am Sonntag eine Erklärung: „Bei vielen, die mit Ja gestimmt haben, hat die Angst vor der Neuwahl und einem Untergehen der SPD eine Rolle gespielt – und nicht, dass sie die GroKo gut und richtig finden.“ Dabei sicherte das „Ja“ in der Abstimmung der bisherigen Führung der Partei aber auch das Überleben – und Andrea Nahles die Wahl zur neuen Vorsitzenden auf dem Parteitag der SPD Ende April.

Juso-Chef Kevin Kühnert, der zuvor noch an ein „Nein“ geglaubt hatte, gab sich am Sonntag

kämpferisch – aber eben auch versöhnlich: „Bei mir und bei vielen Jusos überwiegt heute die Enttäuschung. Aber selbstverständlich akzeptieren wir dieses Ergebnis. Wir sind keine schlechten Verlierer.“ Die Jusos wollten nun zusammen mit anderen „die Garanten dieses Erneuerungsprozesses sein“ und auch „der Regierung auf die Finger schauen“. Wie soll denn das aber gehen? **Der Koalitionsvertrag zementiert die Fortsetzung der bisherigen unsozialen Politik.**

Beifall für das „Ja“ aus der SPD zur Regierungsbildung kam dagegen auch von Kapitalvertretern. Die – wie Dieter Kempf, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), der Präsident des Außenhandelsverbandes BGA, Holger Bingmann, und DIHK-Präsident Eric Schweitzer – drängen nun die Unionsparteien und die SPD zu entschlossenem und raschem Handeln. Vor einem Monat sah man dort eine Neuauflage der GroKo noch weitaus kritischer. „In der Gesamtschau ist die deutsche Industrie mit dem Koalitionsvertrag unzufrieden“, sagte damals BDI-Präsident Dieter Kempf. Der Vertrag sei „geprägt von rückwärtsgewandter Umverteilung und unverantwortlicher Belastung

der jungen Generation, ohne die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen für die Zukunft abzusichern“, so BDA-Präsident Ingo Kramer. Auch jetzt gab es Kritik. Aber Schweitzer bemängelte zwar, der Koalitionsvertragbürde vielen Betrieben unnötige Lasten auf: „Doch wenn Parteien in einer politisch schwierigen Lage belastbare Kompromisse erzielen können, lösen sie immerhin das ein, was die Welt der Wirtschaft von Deutschland erwartet: solide Verhältnisse und hohe Verlässlichkeit.“ Und er legte nach, forderte von der neuen Regierung spürbare Steuerentlastungen für Unternehmen.

aus: UZ – Zeitung der DKP vom 09.03.2018, gekürzt

**Frieden braucht
Bewegung**

**Gegen Aufrüstung,
Krieg und atomares
Wettrüsten**

**Ostermarsch in
Stuttgart am 31.03.2018**

Auftaktkundgebung: 14 Uhr, Marktplatz

<http://friedensbuendnis-ka.de/>

Verteilungskämpfe

Zu den Diskussionen zur Essener Tafel.

Es ist ein Skandal, dass es in unserem reichen Land Tafeln den grundlegenden Lebensmittelbedarf von Menschen decken müssen. Das wäre die Aufgabe des Staates.

Die Essener Tafel ist bundesweit in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Sie hat beschlossen, zukünftig zusätzlich zu den aktuell Versorgten nur Bedürftige mit deutschem Pass aufzunehmen.

Über Jahrzehnte hat die Tafel versucht, Menschen mit erschwinglichen Lebensmitteln zu versorgen, den Menschen, die durch die asoziale Politik der Herrschenden um Arbeit, Möglichkeiten an der Teilhabe am sozialen Leben und auch um ihre Existenz in ihrer ursprünglichen Heimat gebracht worden sind. Das ist den dort ehrenamtlich Tätigen hoch anzurechnen.

Doch man muss zugleich erkennen, wer für die Ursachen verantwortlich ist, dass diese Tafeln überhaupt notwendig sind. Wer in diesem Land für Sozialraub und dafür verantwortlich ist, dass Menschen in anderen Ländern die Lebensgrundlage entzogen wird, sei es durch die Wirtschafts- oder die Kriegspolitik auch der Bundesrepublik Deutschland.

Im „Einheitsfrontlied“ heißt es:

*Unsere Herren wer sie auch seien
sehen unsere Zwietracht gern,
denn solange sie uns entzweien
bleiben sie doch unsre Herrn.*

In diese Falle scheint die Essener Tafel getappt zu sein. Dieses Land braucht mehr Mut, mehr gemeinsame Gegenwehr gegen die unsoziale Politik der Herrschenden.

aus: UZ – Zeitung der DKP vom 09.03.2018, gekürzt

Syrien wird der Herstellung von Chemiewaffen beschuldigt – ohne Beweise!

Immer wieder wird die syrische Regierung beschuldigt, chemische Waffen einzusetzen. Zuletzt wurden die Vorwürfe im Zusammenhang mit dem Angriff auf Ghuta erhoben. Jetzt berichtet die „New York Times“, ein Sprachrohr der US-Eliten, UN-Experten haben einen Bericht verfasst, nach dem die syrische Regierung gemeinsam mit Nordkorea an der Entwicklung chemischer Waffen arbeite.

Die Vorwürfe sind schwerwiegend – weil sie schon einmal dazu dienten, einen Angriff der US-Luftwaffe auf einen syrischen Militärstützpunkt zu rechtfertigen und immer wieder als Rechtfertigung künftiger Angriffe auf Syrien herhalten. Der französische Präsident Macron drohte Syrien mit Krieg, wenn der Einsatz chemischer Waffen erwiesen sei, ebenso der britische Außenminister Boris Johnson.

Die Vorwürfe wegen des angeblichen Einsatzes von Chemiewaffen hielten einer kritischen Prüfung nicht stand. So zeigte der bekannte investigative US-Journalist Seymour Hersh in seinen Untersuchungen, dass es sich z. B. bei den Meldungen aus Khan Sheikoun um Vorfälle handelte, die von den Dschihadisten inszeniert waren. Und selbst der US-Verteidigungsminister Mattis stellt gelegentlich klar, dass es keine Beweise dafür gibt, dass Syrien Chemiewaffen eingesetzt habe. „Wir haben Berichte darüber – aber keine Beweise“, erklärte er im Pentagon gegenüber Journalisten.

Der Viele der Informationen im

UN-Bericht wurden von „nicht identifizierten Mitgliedstaaten der UN“ zur Verfügung gestellt. Wir können nur vermuten, dass es dieselben Staaten sind, die den Nachweis chemischer Waffen als Rechtfertigung für einen direkten Angriff gegen die syrische Regierung betrachten.

Mit diesem UN-Bericht und seiner Darstellung in den Medien wird einfach ein Thema wiederholt, das vor dem Irakkrieg 2003 eingesetzt wurde, um Stimmung für den Krieg zu machen – damals mit Erfolg.

Damals ging es um Aluminiumröhren, die der Irak bestellt hatte und deren Spezifikation „bewies“, dass sie nur zur Herstellung spaltbaren Materials eingesetzt werden könnten – doch wie wir wissen, gab es kein irakisches Atomwaffenprogramm. Nun sind es „säurebeständige Ventile“ – für die vorgeblichen syrischen Chemiewaffen. Und selbst die „New York Times“ schreibt, „andere Experten“ hielten den Bericht nicht für beweiskräftig.

Die syrischen Chemiewaffen wurden unter internationaler Aufsicht 2016 zerstört. Der Blick auf eine Karte der militärischen Situation in Syrien zeigt heute ein völlig anderes Bild als damals. Außer Idlib und dem Norden Syriens unter kurdischer Kontrolle sind die Dschihadisten weitgehend vertrieben.

Ein Regime-Change à la USA ist heute allenfalls nach dem Vorbild Libyens möglich: durch eine direkte militärische Aktion der USA und ihrer Verbündeten. Mit ihren Berichten arbeitet die „New York Times“ daran, dass diese „Option“ akut bleibt.

aus: UZ – Zeitung der DKP vom 09.03.2018, gekürzt

